

NDB-Artikel

Hohenlohe zu-Schillingsfürst, *Chlodwig* Fürst zu| Prinz von Ratibor und Corvey, Reichskanzler, bayerischer Ministerpräsident, * 31.3.1819 Rotenburg/Fulda, † 6.7.1901 Ragaz. (katholisch)

Genealogie

V Fürst Franz zu H.-Sch. (1787–1841), S d. Fürsten Karl Albrecht (s. Gen. 2);

M Constanze (1792–1847, ev.), T d. Fürsten Karl zu Hohenlohe-Langenburg († 1825, s. Gen. 1);

Ov →Alexander (s. 2);

B Prinz →Victor, Hzg. v. Ratibor u. Fürst v. Corvey (1818–93), Mitgl. d. Reichstags, Präs. d. preuß. Herrenhauses (s. L), Fürst Philipp Ernst (1820–45), →Gustav Adolf (s. 6), Prinz →Konstantin (1828–96), Flügeladjutant Kaiser Franz Josefs, Gen. d. Kav., seit 1866 1. Obersthofmeister (s. L, ♀ →Marie Prn. zu Sayn-Wittgenstein, 1837–1920, Förderin d. Künste, s. L);

Vt →Hermann (s. 7);

- ♀ Rödelheim 1847 Marie (1829–97), T d. Fürsten Ludwig zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg (1799–1866) u. d. Stephanie Prn. Radziwill;

3 S, 2 T, u. a. Prinz →Alexander (1862–1924), Mitgl. d. Reichstags 1893–1903, Bezirkspräs. d. Oberelsaß 1898–1906, pol. Schriftsteller (s. L);

N (S d. Konstantin) →Prinz Konrad (1863–1918), österr. Ministerpräs. (2.5.-2.6.1906), Statthalter in Triest u. im Küstenlande 1904–15, Innenmin. 1916 (s. ÖBL), Prinz →Philipp (1864–1941), Prof. d. Kirchenrechts a. d. Univ. Wien (s. L), Prinz →Gottfried (1867–1932), k. k. Botschafter in Berlin 1914–18 (s. ÖBL).

Leben

Nach Studium der Rechtswissenschaft trat H. 1842 in den preußischen Staatsdienst, um sich – eine Ausnahme für einen Mediatisierten – durch die reguläre Ausbildung in der Gerichts- und Verwaltungspraxis auf die diplomatische Karriere vorzubereiten; 1846 gab er aber seine Laufbahn auf, als er durch einen Erbvertrag mit seinem älteren Bruder Herr über das bayerische Majorat Schillingsfürst wurde und im nachfolgenden Jahr durch seine Heirat reichen Grundbesitz in Rußland erwarb. Als erbliches Mitglied in der bayerischen Kammer der Reichsräte wurde H. bald zum Exponenten einer gemäßigt liberalen Politik, konnte aber in diesem Gremium keine Resonanz für

seine politischen Ideen finden, die weniger auf konstitutionelle Zugeständnisse als auf eine Nationalpolitik ausgerichtet waren, die zur deutschen Einheit führen sollte. 1848 stellte er sich der provisorischen Regierung in Frankfurt zur Verfügung und übernahm in deren Auftrag die diplomatische Mission, den Regierungsantritt des Reichsverwesers in Athen, Rom und Florenz zu notifizieren. Wenn auch seine Haltung gegenüber den revolutionären Vorgängen und Ideen im einzelnen Schwankungen unterworfen war, sah er doch in der 48er Bewegung insgesamt eine reale Möglichkeit, die Einheit Deutschlands zu schaffen, und stand in der konstitutionellen Frage dem Dahlmannschen Verfassungsentwurf nahe.

Nach der Revolution machte ihn die Erkenntnis, daß die Macht des deutschen Partikularismus ungebrochen sei, zum Verfechter einer preußischen Hegemonie nach dem Radowitzschen Unionsprogramm. Dieses Konzept vertrat er in den Jahren der Reaktionszeit in Bayern, wo er – angefeindet von der großen Mehrheit seiner Standesgenossen – 1861-66 in aktiver Opposition zum Ministerium von d. Pfordten stand. Als nach dem preußischen Sieg über Österreich zwangsläufig ein Umschwung in der bayerischen Politik eintrat, wurde H. am 31.12.1866 zum Ministerpräsidenten und Außenminister ernannt. Sein politisches Programm zielte auf eine Angleichung des bayerischen und des süddeutschen Militärsystems an Preußen und fand seinen sinnfälligen Ausdruck im Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norddeutschen Bund. Sein Plan eines weiteren Bundes der süddeutschen Staaten mit dem Norden und Österreich (Mission Tauffkirchen) scheiterte am Widerstand der Donaumonarchie. Erfolgreicher war seine Wirtschaftspolitik: Sie führte zur Einbeziehung Süddeutschlands in das Zollparlament, dessen 1. Vizepräsident H. wurde. Eine deutliche innenpolitische Schwäche seines Ministeriums war der scharfe Gegensatz zur klerikal-partikularistischen Patriotenpartei. H.s „Anschlußpolitik“, seine Forderung nach einem liberalen Schulgesetz und besonders die Gegnerschaft zum Unfehlbarkeitsdogma, die ihn mit seinem jüngeren Bruder, dem Kardinal, verband, führten zu einem Mißtrauensvotum beider Kammern des bayerischen Landtags, worauf am 18.2.1870 der Rücktritt des Ministerpräsidenten erfolgte.

Mit Nachdruck setzte H. sich als Mitglied des Reichsrates im Dezember 1870 für den Anschluß Bayerns an das Deutsche Reich ein und wurde im März 1871 als Abgeordneter der Liberalen Reichspartei für den Wahlkreis Forchheim/Kulmbach in den deutschen Reichstag gewählt, dem er bis 1881, zeitweilig als 1. Vizepräsident, angehörte. Seine kirchenpolitische Aktivität im Kulturkampf – er stimmte unter anderem für den sogenannten Kanzelparagraphen, die Zivilehe und das Jesuitenverbot – brachte ihm die scharfe Gegnerschaft der Zentrumsparlei ein. Das inoffizielle Angebot, die Stellvertretung des erkrankten Reichskanzlers →Bismarck zu übernehmen, lehnte H. im März 1874 ab, akzeptierte aber wenige Wochen später die Ernennung zum deutschen Botschafter in Paris, wo er den wegen seines Konflikts mit →Bismarck abberufenen Graf Arnim zu ersetzen hatte. Seine Pariser Tätigkeit zeigt das Bemühen, mit Vorsicht, Takt und Geduld die deutschen Interessen gegenüber dem geschlagenen Gegner zu vertreten und die Schärfe des deutsch-französischen Gegensatzes zu mildern. Der Botschafter fungierte 1878 als einer der deutschen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongreß. Nach dem Tode

B. E. von Bülow übernahm er 1880 nach längerem Zögern für kurze Zeit die Geschäftsführung des Auswärtigen Amtes als interimistischer Staatssekretär.

1885 wurde er als Nachfolger des Generals von Manteuffel mit dem 1879 geschaffenen Posten eines kaiserlichen Statthalters der Reichslande Elsaß-Lothringen betraut. H., der die in weiten Kreisen der Bevölkerung vorherrschende innere Ablehnung gegenüber dem Reich nüchtern erkannte und als eine historisch bedingte Erscheinung verstand, versuchte zunächst, durch eine behutsame Ausgleichspolitik die Reichsfremdheit abzubauen. Einen schweren Rückschlag erlitt diese Politik, als die Bevölkerung 1887 nur oppositionelle Abgeordnete als Vertreter Elsaß-Lothringens in den Reichstag wählte, was zu einer vorübergehenden „Statthalterkrise“ führte. H., der sich in den folgenden Jahren in der Personal- und Verwaltungspolitik stärker von Berliner Einflüssen (Holstein) abhängig machte, versuchte daraufhin, durch eine neue Paßverfügung den politischen Zusammenhalt zwischen den Oppositionsgruppen und Frankreich zu sprengen, was seiner Ausgleichspolitik – abgesehen von einigen „Verbesserungen“ der Wahlergebnisse – aufs Ganze gesehen abträglich war.

Nach dem Sturz Caprivis wurde der 75jährige H. am 29.10.1894 auf den Posten des deutschen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten berufen. Seine engen Beziehungen zum Kaiserhaus erlaubten ihm einen vertrauten Umgang mit Wilhelm II., der ihn jovial „Onkel Chlodwig“ nannte. Obgleich H. das persönliche Regiment mißbilligte, hat er auf eine Bekämpfung dieses Mißstandes von vornherein verzichtet, obschon er von Holstein, seinem engsten außenpolitischen Berater, oft zum Widerstand gegen kaiserliche Eingriffe gedrängt wurde. Außenpolitisch kennzeichnen der Versuch einer Wiederannäherung an Rußland und im Zusammenhang damit eine Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen (Krüger-Depesche, Samoa-Konflikt) die Kanzlerschaft H.s, der seit 1898 immer stärker hinter seinem Staatssekretär Bülow zurücktrat. Die innenpolitische Entwicklung ist bestimmt durch die Verschärfung des Konfliktes mit der Sozialdemokratie (Zuchthausvorlage unter anderem) und auch mit dem Zentrum. Die frühere liberale Haltung H.s wich in diesen Jahren einer Resignation, die ihn die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat bedauern ließ. Im allgemeinen Wahlrecht zum Reichstag sah er die Möglichkeit eines kommenden bewaffneten Konfliktes im Innern. Mit dem Aufrücken der Bülow, Miquel und Posadowsky war H.s ohnehin nur behutsame, stets nach dem vernünftigen Kompromiß strebende Wirksamkeit als Reichskanzler praktisch beendet. Im Oktober 1900 reichte er seine Entlassung ein und starb wenige Monate darauf im Alter von 82 Jahren.

Werke

Denkwürdigkeiten d. Fürsten Ch. zu H.-Sch., I u. II hrsg. v. F. Curtius, 1907 (P);

III hrsg. v. K. A. v. Müller, 1931 (P).

Literatur

H. Rust, Reichskanzler Fürst Ch. zu H.-Sch. u. s. Brüder ..., 1897 (P);

O. v. Völderndorff, Vom Reichskanzler Fürsten H., 1902 (P);

E. Salzer, Fürst Ch. zu H.-Sch. u. d. dt. Frage, in: HV 11, 1908;

K. A. v. Müller, Bayern im J. 1866 u. d. Berufung d. Fürsten H., in: Hist. Bibl. 20, 1909;

ders., Der dritte dt. Reichskanzler, in: SB d. Bayer. Ak. d. Wiss., phil.-hist. Abt., H. 3, 1932;

A. O. Meyer, Fürst H. u. d. Krügerdepesche, in: Archiv f. Pol. u. Gesch., 1924;

Alexander v. Hohenlohe [S], Aus m. Leben, 1925;

W. Seydler, Fürst Ch. zu H.-Sch. als Statthalter im Reichslande Elsaß-Lothringen 1885-94, 1929;

H. O. Meisner, Der Kanzler H. u. d. Mächte s. Zeit, in: Preuß. Jbb. 230, 1932;

H. Rogge, Holstein u. H., 1957;

BJ VII. - *Zu B Victor*:

Schwäb. Merkur, 1893, 189;

Priesdorff VII, S. 91 (P); - *zu B Konstantin*:

BJ I; *zu Schwägerin Marie*: A. Bettelheim, in: NÖB IV, 1927 (L, P); - *zu S Alexander*: A. Kolb, Kleine Fanfare, 1930, S. 166 (P); *zu N Philipp*:

N. Grass, Die Kirchenrechtslehrer d. Innsbrucker Univ., 1951;

ÖBL.

Portraits

Gem. v. F. László, Abb. in: Mainfränk. Hh. 44, 1965.

Autor

Günter Richter

Empfohlene Zitierweise

, „Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu“, in: Neue Deutsche Biographie 9 (1972), S. 487-489 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
